

# Es ist, wie es ist

**Berufswahl.** Männer und Frauen unterscheiden sich mitunter deutlich in ihrer Berufswahl. Dieses Phänomen der beruflichen Trennung – im Fachjargon Segregation genannt – ist eine mögliche Ursache dafür, dass Frauen im Durchschnitt weniger verdienen als Männer.

Gleichstellungsthemen haben in der Politik neben Griechenland und Zuwanderung derzeit Hochkonjunktur. So soll nach dem Willen der Bundesregierung auf die Geschlechterquote nun ein Entgeltgleichheitsgesetz folgen. Demnach hätten grö-

ßere Unternehmen unter anderem umfangreiche Berichtspflichten zu erfüllen.

In der Diskussion um die Ursachen der Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern steht nicht zuletzt immer wieder die beruf-

liche Segregation im Mittelpunkt – also die Frage, inwiefern sich Frauen und Männer schwerpunktmäßig für bestimmte Berufe entscheiden.

Die Berufswahl hat zweifelsohne einen entscheidenden Einfluss auf die Verdienst- und Karrierechancen. Laut Bundesagentur für Arbeit hatte zum Beispiel ein Vollzeitbeschäftigter in der Gruppe der Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe 2013 ein mittleres Monatsgehalt von knapp 3.300 Euro brutto. Eine Vollzeitkraft in der Berufsgruppe der Erzieher und Sozialarbeiter bekam dagegen nur knapp 2.900 Euro brutto. Während in der ersten Gruppe der Frauenanteil zuletzt rund ein Zehntel betrug, lag er in der zweiten Gruppe bei 85 Prozent.

Über die Gründe für die unterschiedliche Berufswahl lässt sich oft nur spekulieren. So wird von der einen Seite vermutet, dass Frauen und Männer vorwiegend deshalb unterschiedliche Berufe ergreifen, weil sie aufgrund gesellschaftlicher Rollenvorstellungen nur bestimmte Jobs für sich selbst als wählbar →

## Geschlechterneutrale Berufswelt: Jeder Vierte müsste wechseln

So viel Prozent der Beschäftigten müssten den Beruf wechseln, damit Männer und Frauen gleichmäßig über die Berufe verteilt sind

EU-28	2003	24,7
	2013	24,4

darunter:

Finnland	2003	29,5
	2013	28,5

Polen	2003	25,2
	2013	27,3

Frankreich	2003	26,4
	2013	25,8

Portugal	2003	27,4
	2013	25,6

Spanien	2003	26,4
	2013	25,6

Deutschland	2003	26,7
	2013	25,4

Schweden	2003	27,7
	2013	25,3

Italien	2003	22,3
	2013	24,8

Vereinigtes Königreich	2003	26,5
	2013	24,0

Quelle: EU-Kommission

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwkd 31

## Inhalt

**Erbschaftssteuer.** Die Kritik am Gesetzentwurf zur Reform der Erbschaftssteuer reißt nicht ab. Vor allem große Familienunternehmen sehen sich durch die Pläne bedroht.  
Seite 3

**China.** Der jüngste Absturz des wichtigsten chinesischen Aktienindex ist unter anderem auf die nachlassende Wachstumsdynamik und die steigende Staatsverschuldung zurückzuführen.  
Seite 4-5

**Arbeitsunfälle.** Die Unfallzahlen sind zuletzt auf ein Rekordtief gesunken – die Investitionen der Unternehmen in Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung zahlen sich also aus.  
Seite 6-7

**Wohnen.** In vielen deutschen Großstädten ist der Wohnraum knapp. Ein Ausweg wäre es, dichter und höher zu bauen.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchhoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ einschätzen und deshalb andere Möglichkeiten gar nicht erst in Betracht ziehen.

Andererseits ist zu hören, dass Frauen vor allem solche Berufe wählen, mit denen sich zum Beispiel Familie und Arbeitsleben gut vereinbaren lassen.

Und last, not least dürften viele Entscheidungen zur Berufswahl auch „aus dem Bauch heraus“ getroffen werden, ohne sich zuvor genau über mögliche Alternativen sowie Einkommens- und Karriereperspektiven informiert zu haben.

Fest steht indes, dass nicht nur in Deutschland Frauen und Männer bestimmte Berufe und Branchen bevorzugen. Einem von der EU-Kommission veröffentlichten Segregationsindex zufolge unterscheiden sich die Ergebnisse in den EU-28-Staaten kaum voneinander (Grafik Seite 1):

**Um eine gleichmäßige Verteilung von Frauen und Männern über alle Berufe beziehungsweise Berufsgruppen zu erreichen, müsste in Deutschland und in den meisten anderen EU-Staaten rund jeder vierte Beschäftigte seinen Beruf oder die Berufsgruppe wechseln.**

Bezogen auf die Branchen liegt dieser Anteil bei knapp 20 Prozent. Zudem fällt auf, dass sich an diesen Relationen im vergangenen Jahrzehnt wenig verändert hat – trotz der vielen Bemühungen, Frauen für Männerberufe und Männer für Frauenberufe zu begeistern. Insofern ist die berufliche Segregation allem Anschein nach ein internationales Phänomen, das sich über die Zeit als relativ stabil erweist. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Segregation nach Branchen, die seit dem Jahr 2003 sogar leicht zugenommen hat.

In Deutschland zeigt sich die berufliche Rollenverteilung laut Bundesinstitut für Berufsbildung besonders deutlich bei den Auszubildenden (Grafik):

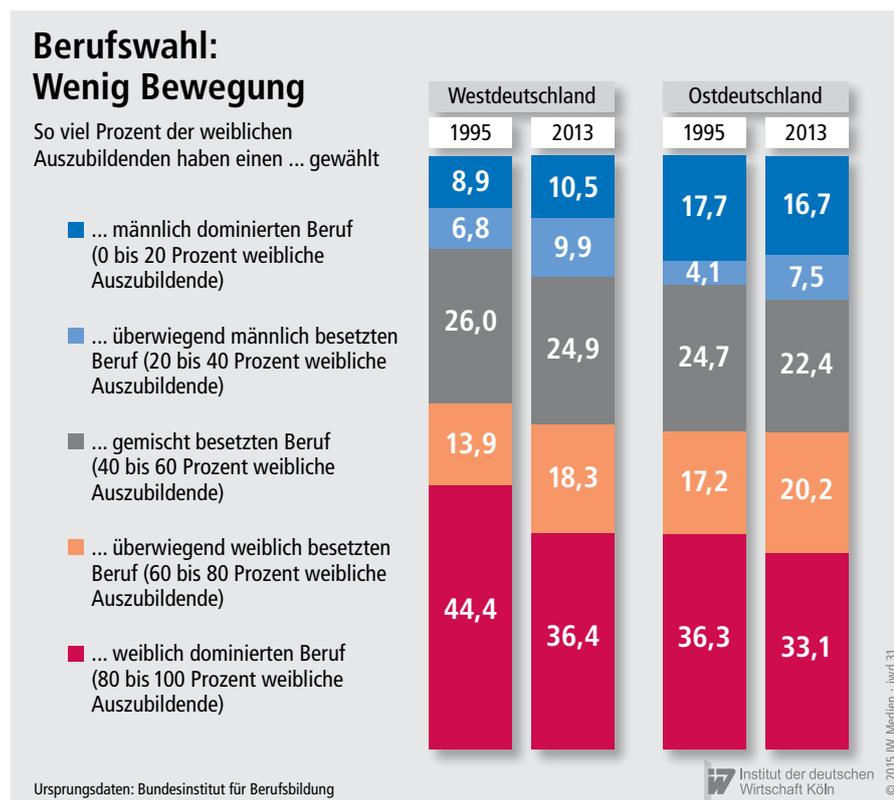
**In Westdeutschland waren im Jahr 2013 rund 36 Prozent aller weiblichen Auszubildenden in einem Beruf tätig, in dem mindestens 80 Prozent der Auszubildenden weiblich waren.**

Auch wenn dieser Anteil von 1995 bis 2013 um 8 Prozentpunkte gesunken ist, ändert dies am generellen Befund wenig, denn parallel ist der Frauenanteil in jenen Ausbildungsberufen, in denen 60 bis 80 Prozent der Auszubildenden weiblich sind, um 4,4 Prozentpunkte gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Ostdeutschland auszumachen. Letztlich deuten die Zahlen darauf hin, dass sich in puncto Berufswahl wenig geändert hat.

Unabhängig davon, welche Faktoren in welcher Form die Berufswahl beeinflussen, sollte es zumindest das Ziel sein, Frauen wie Männer vor dem Start ins Berufsleben darüber zu informieren, was sie an Verdiensten und Karrierechancen zu erwarten haben.

Die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) setzt deshalb schon seit Jahren InfoMobile ein, um Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer über die Ausbildungsmöglichkeiten und die Arbeitswelt der M+E-Industrie zu informieren. Die neuen Info-Trucks, die seit 2014 unterwegs sind, entwickeln dieses Konzept weiter (vgl. iwD 46/2014).

Und vielleicht bleibt ja doch nicht alles, wie es ist. Im akademischen Bereich stoßen Frauen Zug um Zug in gut bezahlte Jobs vor – einige Berufe werden sogar ausgesprochen weiblich. So waren dem Statistischen Bundesamt zufolge im Wintersemester 2013/14 bereits 65 Prozent der Studienanfänger im Fach Zahnmedizin Frauen, in Jura lag der Anteil der Studienanfängerinnen immerhin bei 57 Prozent.



# Mehr als 10.000 Unternehmen betroffen

**Erbschaftssteuer.** Anfang Juli hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Reform der Erbschaftssteuer auf den Weg gebracht. Obwohl der Kabinettsbeschluss noch das parlamentarische Verfahren durchlaufen muss, bevor er in Kraft treten kann, reißt die Kritik an den neuen Regeln nicht ab. Vor allem große Familienunternehmen sehen sich durch die Reform bedroht.

Vom Grundsatz her sind sich alle Beteiligten einig: Das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz soll und muss endlich verfassungsfest ausgestaltet werden. Spätestens am 1. Juli 2016 muss die Erbschaftssteuerreform in Kraft treten, hat das Bundesverfassungsgericht vergangenen Dezember festgelegt. Die obersten Bundesrichter hatten in ihrem Urteil bei Unternehmenserbfällen zwar das Prinzip der Steuerverschonung gegen Arbeitsplatzzerhalt im Grundsatz anerkannt, gleichwohl jedoch eingefordert zu prüfen, ob bei größeren Unternehmen der Erbe nicht doch zahlungskräftig ist.

Die nun vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Reformbeschlüsse sehen vor, dass sich Firmenerben künftig ab einem Betriebsvermögen von 26 Millionen Euro einer sogenannten Bedürfnisprüfung unterziehen oder deutliche Abschläge bei der Steuerverschonung hinnehmen müssen. In beiden Fällen dürfte eine beträchtliche Steuerbelastung die Folge sein, die schlimmstenfalls die Verkleinerung oder gar Schließung eines vererbten Betriebs nach sich ziehen könnte.

Auf den ersten Blick sind 26 Millionen Euro Betriebsvermögen viel

## Erbschaftssteuerreform: Wo der Fiskus seine Hand aufhalten will

Die Bundesregierung muss bis Mitte nächsten Jahres die Erbschaftssteuerregeln für Unternehmen reformieren. Anfang Juli hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach ab einem Unternehmenswert von 26 Millionen Euro geprüft wird, ob ein Erbe die Erbschaftssteuer zahlen kann, ohne damit den Fortbestand der Firma zu gefährden. Erben von Familienunternehmen, die aufgrund der Gesellschaftsstruktur Firmenanteile nicht so schnell verkaufen können, müssen erst ab einem Unternehmenswert von 52 Millionen Euro eine Bedürfnisprüfung über sich ergehen lassen.

Von einer Bedürfnisprüfung potenziell betroffene Unternehmen

	Zahl	Beschäftigte	Umsatz in Milliarden Euro
ab 26 Millionen Euro	10.571	6.787.055	1.472
ab 52 Millionen Euro	4.817	4.994.628	1.200
Zum Vergleich:			
Alle Unternehmen in Deutschland	3.663.432	37.999.300	6.096

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, IW Köln/IW Consult

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 31

Geld, tatsächlich aber wird aufgrund der derzeit angewendeten unsachgemäßen Bewertungsmethodik der Unternehmenswert in Deutschland oft deutlich überschätzt (vgl. iwvd 20/2015). Nicht zuletzt deshalb ist die Zahl der Betriebe, die diesen Grenzwert erreichen, relativ hoch, wie Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen (Grafik):

**In Deutschland sind potenziell rund 10.000 Familienunternehmen von einer Bedürfnisprüfung betroffen.**

Natürlich ist es höchst unwahrscheinlich, dass bei allen 10.000 Betrieben in ein- und demselben Jahr der Erbfall eintritt, im Laufe einer Generation – also in einem Zeitraum von 30 bis 40 Jahren – wären jedoch so viele Unternehmen von dem neuen Gesetz tangiert.

In diesen 10.000 Unternehmen, die von der Bedürfnisprüfung der neuen Erbschaftssteuerregeln betroffen wären, arbeiten knapp sieben Millionen Menschen – also fast jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland. Sie erwirtschaften schätzungsweise jeden vierten Euro der deut-

schen Wirtschaftsleistung und kommen zusammen auf einen Jahresumsatz von etwa 1,5 Billionen Euro.

Zwar sieht der Kabinettsbeschluss vor, dass der Grenzwert für die Bedürfnisprüfung von 26 auf 52 Millionen Euro Betriebsvermögen erhöht werden kann – etwa wenn ein Familienunternehmen 40 oder mehr Jahre sehr starken Einschränkungen bei der Veräußerung von Anteilen unterliegt. Doch auch dann wären nach IW-Schätzung immer noch fast 5.000 Familienbetriebe mit 5 Millionen Arbeitsplätzen und einem Gesamtjahresumsatz von 1,2 Billionen Euro betroffen, da einige wenige sehr große Unternehmen einen hohen Anteil der Beschäftigten und des Umsatzes auf sich vereinen.

Wenn die Politik diese Arbeitsplätze nicht gefährden will, sollte in den anstehenden Debatten zur Erbschaftssteuerreform in Bundestag und Bundesrat noch einmal über eine Anhebung der Prüfschwellen nachgedacht werden.

Vgl. IW policy paper 22/2015 unter:  
[iwkoeln.de/erbschaftssteuer](http://iwkoeln.de/erbschaftssteuer)

# Krisensignale aus Fernost

**China.** Innerhalb von nur wenigen Wochen ist der Shanghai Composite, Chinas wichtigster Aktienindex, um mehr als ein Drittel abgestürzt. Der größte Crash seit mehr als 20 Jahren hat verschiedene Gründe – dass die Wachstumsdynamik der größten Volkswirtschaft der Welt nachlässt, ist nur einer davon.

An der Börse wird nicht geklingelt. Mit diesem Bonmot beschreiben Börsianer die Tatsache, dass niemand genau weiß, wann die Kurse steigen oder fallen. Diese – zuweilen recht bittere – Wahrheit haben Millionen Chinesen im Juli dieses Jahres am eigenen Leib erfahren.

Seit rund anderthalb Jahr konnten die chinesischen Aktienkurse nur eine Richtung – nach oben: Der Leitindex Shanghai Composite war allein im Jahr 2014 um rund 55 Prozent gestiegen und hatte danach nur gut fünf Monate gebraucht, um noch einmal das gleiche Plus draufzupacken.

Ein Grund für diese Hausse war, dass die staatlichen Medien die Kurse quasi hochgejubelt haben – mit einem Hintergedanken: Die Chinesen haben von jeher eine extrem hohe Sparquote von etwa 30 Prozent – dieses Geld möchte Peking gern in den Unternehmenssektor lenken,

um das nach und nach gesunkene Wachstum anzukurbeln.

Mitte Juni 2015 war die Aktienrallye dann plötzlich vorbei – ohne dass jemand geklingelt hätte (Grafik Seite 5):

**Vom 12. Juni bis zum 8. Juli fiel der Shanghai Composite um 32 Prozent auf 3.500 Punkte und die chinesischen Anleger verloren – zumindest auf dem Papier – Milliardenbeträge.**

Danach erholte sich der Index dank massiver staatlich initiiertes Stützungskäufe zwar zeitweise wieder etwas und überschritt in der vierten Juli-Woche die Marke von 4.000 Punkten. Allerdings sind nach wie vor Hunderte von Aktien vom Handel ausgesetzt, sodass der chinesische Aktienmarkt derzeit ein verzerrtes Bild abgibt.

Um die internationale Bedeutung des chinesischen Finanzmarktes abschätzen zu können, bietet sich ein Vergleich mit den großen Aktienin-

dizes Dow Jones, DAX, Euro Stoxx und Nikkei an:

**Marktkapitalisierung.** Sie gibt an, wie hoch der Wert aller Unternehmen in dem jeweiligen Index ist. Gemessen wird die Kapitalisierung, indem die Zahl der ausgegebenen Aktien mit deren Kurswert multipliziert wird. Anfang 2015 ergab ein Vergleich der internationalen Leitindizes auf Euro-Basis ein anscheinend eindeutiges Bild (Grafik):

**Der chinesische Shanghai Composite hat mit rund 4,6 Billionen Euro eine um 8 Prozent oder fast 340 Milliarden Euro höhere Marktkapitalisierung als der Dow Jones.**

Der Euro Stoxx, der japanische Nikkei und der DAX werden vom chinesischen Leitindex in puncto Marktkapitalisierung sogar um bis zu 300 Prozent übertroffen.

**Gelistete Unternehmen.** Allerdings unterscheidet sich die Zahl der in den Leitindizes gelisteten Unternehmen sehr stark. Im Dow Jones und im DAX sind jeweils 30 Unternehmen vertreten, im Euro Stoxx 50, im Shanghai Composite aber mehr als 1.000. Vergleicht man also nicht

## China: Viele kleine Unternehmen, ein riesiger Markt

Marktkapitalisierung der Aktienindizes  
Anfang 2015

■ in Milliarden Euro ■ Durchschnitt pro gelistetem Unternehmen in Milliarden Euro



Quelle: Bloomberg

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 31 - Foto: Fotolia.com - Gang

die Marktkapitalisierung insgesamt, sondern schaut auf den Durchschnitt pro Unternehmen, wird der Shanghai Composite vom Riesen zum Zwerg:

**Mit einer Marktkapitalisierung von durchschnittlich 4,5 Milliarden Euro pro Unternehmen ist der Shanghai Composite deutlich kleiner als seine internationalen Konkurrenten.**

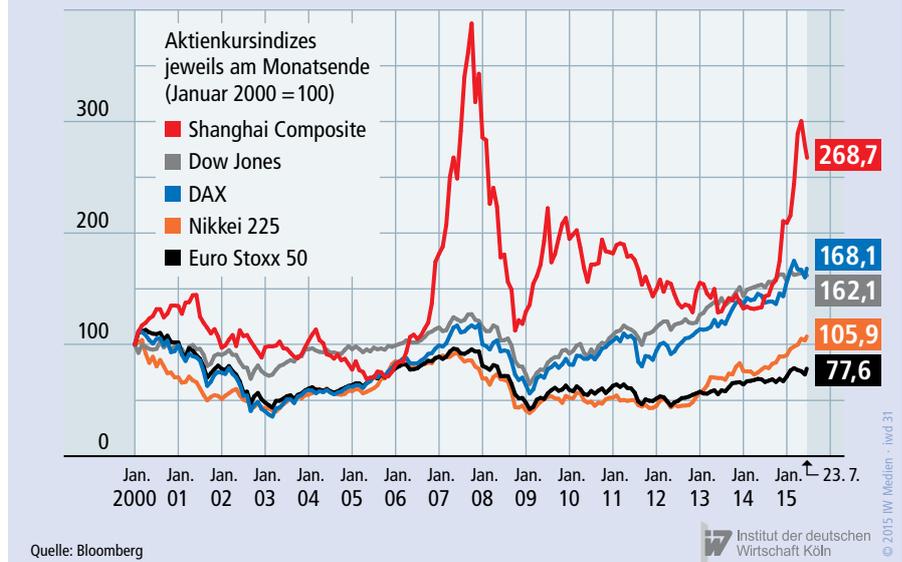
Der Dow Jones zum Beispiel hat eine durchschnittliche Marktkapitalisierung von 140 Milliarden Euro pro Unternehmen – allein der aktuelle Börsenwert von Google liegt bei rund 430 Milliarden Euro.

**Aktienhandel.** Beim Blick auf das Handelsvolumen ist der chinesische Markt wiederum weit vorn: Im Januar 2015 wurden im Shanghai Composite täglich Aktien in einer Größenordnung von umgerechnet bis zu 90 Milliarden Euro gehandelt. Weit abgeschlagen folgen der Euro Stoxx mit 13 Milliarden Euro, der Dow Jones mit 7 Milliarden Euro und der DAX mit 6 Milliarden Euro.

Diese Zahlen zeigen: Der chinesische Aktienmarkt ist allein wegen seiner großen Marktkapitalisierung und des hohen Handelsvolumens von großer internationaler Bedeutung. Spätestens wenn der Börsencrash auf die Nachfrage der Chinesen durchschlägt, wären auch weltweite Ausstrahleffekte nicht auszuschließen.

Diese Gefahr ist deshalb groß, weil die Volksrepublik seit einigen Jahren schwächelt – zumindest entwickeln sich wichtige Indikatoren nicht so, wie in Peking geplant. Die Bevölkerung beispielsweise ist trotz der Ein-Kind-Politik in den ver-

## Aktienkurse: Ausreißer China



gangenen zehn Jahren mit einer nahezu konstanten Rate von jährlich 0,5 Prozent gewachsen. Jedes Jahr kommen sechs bis acht Millionen Menschen hinzu, schon bald wird das Land die Marke von 1,4 Milliarden Menschen überschreiten.

Das reale Wirtschaftswachstum von 7 bis 8 Prozent scheint zwar – vor allem aus westlicher Sicht – geradezu paradiesisch, doch verglichen mit den zweistelligen Wachstumsraten der Vergangenheit muss dem Land eine deutlich nachlassende Dynamik attestiert werden. Das gilt insbesondere für die Exporte:

**Die chinesischen Güterausfuhren sind im vergangenen Jahr real nur noch um rund 6 Prozent gestiegen – von 2000 bis 2010 betrug der Zuwachs regelmäßig 20 bis 25 Prozent.**

Ein relativ neues, aber wachsendes Problem ist die Staatsverschuldung. Zwar steht China derzeit nur mit rund 40 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in der Kreide – Deutschland und die USA haben jeweils mehr als 70 Prozent Schulden, Japan sogar fast 230 Prozent. Sorgen bereitet aber das Tempo, mit dem die Verschuldung wächst: Die Schulden-

quote Chinas hat sich innerhalb von 20 Jahren verdoppelt.

„Wegen des massiven Anstiegs der inländischen Verschuldung zeichnet sich eine erhöhte Störanfälligkeit der chinesischen Wirtschaft ab“, schreibt die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht und warnt im schlimmsten Fall vor „umfangreichen Kreditausfällen, die das Finanzsystem belasten würden“.

Schafft es die Regierung in Peking nicht, die für China notwendigen Wachstumsraten zu erreichen, muss das laut Internationalem Währungsfonds, Weltbank und OECD als „relevantes Risiko für die globale Konjunktur“ eingestuft werden. Deutschland würde das ganz besonders zu spüren bekommen, schließlich gehen 6,5 Prozent seiner Warenexporte nach China – das entspricht einem Wert von 75 Milliarden Euro.

Zwar gibt sich die chinesische Regierung derzeit alle Mühe, aufkommende Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Landes zu zerstreuen. Die dazu genannten Zahlen und Fakten entsprechen nach Ansicht internationaler Beobachter jedoch keineswegs immer der Wahrheit.

# Prävention wirkt

**Arbeitsunfälle.** Der Trend zu mehr Sicherheit am Arbeitsplatz hält an: Im Jahr 2013 gab es in der gewerblichen Wirtschaft je 1.000 Vollarbeiter durchschnittlich nur noch rund 24 Arbeitsunfälle – weniger als je zuvor. Die Investitionen der Unternehmen in Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter zahlen sich also aus.

Mit rund 790.000 Arbeitsunfällen gab es 2013 in der gewerblichen Wirtschaft gut 12.000 Unfälle weniger als im Jahr zuvor, melden die zuständigen Berufsgenossenschaften. Seit 1990 hat sich das Risiko eines Arbeitsunfalls mehr als halbiert.

Die Beschäftigten sind aber nicht nur im Büro, auf der Baustelle oder in der Fabrikhalle versichert, die gesetzliche Unfallversicherung steht auch für Unfälle auf dem Weg zwi-

schen Arbeitsplatz und Wohnort ein. In diesem Bereich war im Jahr 2013 zwar eine leichte Zunahme festzustellen, es gab rund 7.500 Wegeunfälle mehr als im Jahr zuvor. Für diese Unfälle können allerdings nicht die Arbeitgeber verantwortlich gemacht werden.

## Überall sicherere Arbeitsplätze

Auch ein Blick auf die einzelnen Wirtschaftszweige zeigt: Arbeitsun-

fälle passieren immer seltener. Selbst Branchen, in denen naturgemäß häufig mal etwas schiefgeht, sind sicherer geworden (Grafik Seite 7):

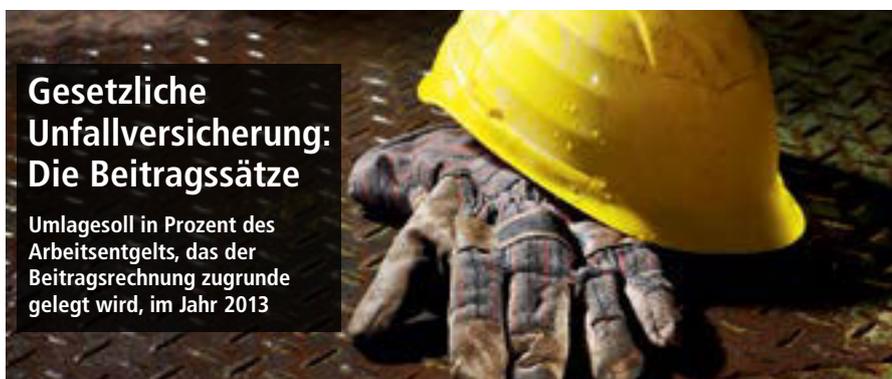
**Sowohl in der Bauwirtschaft als auch im Transport- und Verkehrsgewerbe – den beiden Branchen mit dem höchsten Unfallrisiko – sind die Unfallzahlen seit Jahren deutlich gesunken.**

Gleichzeitig waren noch nie so viele Erwerbstätige über die Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft abgesichert – eine Folge des Job-Booms der vergangenen Jahre. Insgesamt 36,9 Millionen Beschäftigte der gewerblichen Wirtschaft hatten 2013 eine Unfallversicherung – ein Plus von rund 700.000 gegenüber dem vorangegangenen Jahr.

## Aufwendungen stabil

Kommt es zu einem Unfall, übernimmt die jeweilige Berufsgenossenschaft die Kosten der medizinischen Behandlung und, wenn nötig, der Rehabilitation. Im Jahr 2013 haben die Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft für diese Leistungen fast 4 Milliarden Euro ausgegeben.

Darüber hinaus ist die Unfallversicherung zuständig, falls der ursprüngliche Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann – beispielsweise weil sich im Laufe der Jahre chronische Erkrankungen wie Allergien oder Schwerhörigkeit entwickelt haben. In diesen Fällen bemüht sich die zuständige Berufsgenossenschaft zunächst um eine Umschulung und die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, zahlt sie eine Rente – im



### Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt

1,25

davon:

Bauwirtschaft	3,74
Transport und Verkehr	2,09
Nahrungsmittel und Gastgewerbe	1,62
Rohstoffe und chemische Industrie	1,41
Holz und Metall	1,38
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	1,10
Handel und Warendistribution	0,93
Verwaltung (einschließlich Bahnen, Glas/Keramik)	0,88
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	0,79

schlimmsten Fall auch an Hinterbliebene.

**Insgesamt wurden im Jahr 2013 rund 825.000 Renten an Versicherte und Hinterbliebene ausgezahlt.**

Die Aufwendungen für diesen Posten betragen 5,6 Milliarden Euro und sind wie auch die Gesamtausgaben von 13,4 Milliarden Euro praktisch konstant geblieben.

### Positive Wirkung auf die Beiträge

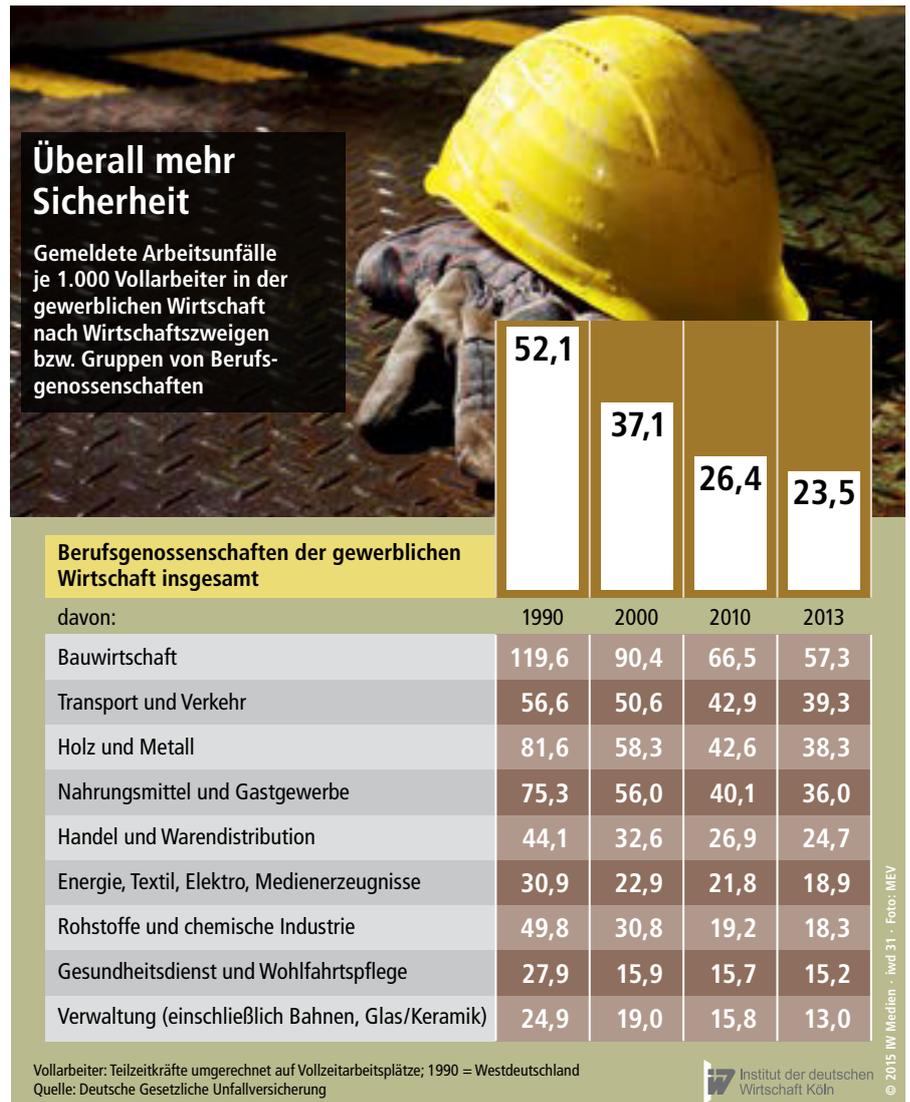
Die stabilen Aufwendungen und die gestiegenen Versichertenzahlen wirken sich positiv auf die Beiträge aus, die die Unternehmen für die gesetzliche Unfallversicherung entrichten müssen. Im Vergleich zum Jahr zuvor sind die Beiträge 2013 im Durchschnitt sogar leicht gesunken. Allerdings gibt es keinen einheitlichen Beitragssatz, sondern branchenspezifische Beitragssätze, die das jeweilige Berufsrisiko widerspiegeln. Die Grundlage für die Versicherungsbeiträge ist das sogenannte Umlagesoll (Grafik Seite 6):

**Im relativ unfallträchtigen Baugewerbe lag das Umlagesoll im Jahr 2013 bei 3,74 Prozent des zugrunde liegenden Arbeitsentgelts – im Gesundheitsdienst dagegen lediglich bei 0,79 Prozent.**

Auch in der Verwaltung und im Handel betrug der Beitragssatz zur Unfallversicherung zuletzt weniger als 1 Prozent.

### Gute Zusammenarbeit

Die allein von den Unternehmen finanzierte Unfallversicherung übernimmt nicht nur die Versorgung nach einem Unfall. Damit es möglichst erst gar nicht so weit kommt, investiert sie auch in Arbeitsschutz und Prävention. Zu diesem Zweck entwickeln die Experten immer neue Richtlinien für einen noch besseren



Arbeitsschutz – und sorgen dafür, dass sie auch eingehalten werden:

**In den gewerblichen Unternehmen wachten im Jahr 2013 mehr als 421.000 Sicherheitsbeauftragte über die Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen.**

Die Schulung der Sicherheitsbeauftragten übernehmen ebenfalls die Berufsgenossenschaften. Im Jahr 2013 wurden in gut 16.000 Kursen knapp 298.000 Personen geschult, darunter auch Unternehmer und Führungskräfte.

Auf den ersten Blick mag das Budget für die Prävention zwar gering erscheinen: Im Jahr 2013 gaben die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Unfallversicherungsträ-

ger der öffentlichen Hand lediglich 7,7 Prozent aller Aufwendungen für vorbeugende Maßnahmen aus – das waren gerade einmal 13,30 Euro pro Versicherten. Hinzu kommen allerdings die statistisch nicht erfassten Leistungen, die die Unternehmen selbst erbringen. So tragen die Firmen ein Vielfaches der Kosten für die Arbeitssicherheit, indem sie laufend in neue, sicherheitstechnisch optimierte Maschinen oder ergonomische Arbeitsplätze investieren.

Ohne dieses Engagement der Betriebe ließe sich der stetige Rückgang der Arbeitsunfälle gar nicht erklären. Hinzu kommt, dass Unfallversicherung und Unternehmen Hand in Hand arbeiten.

# Dichter und höher

**Wohnen.** Viele deutsche Großstädte haben mehr Zulauf als erwartet. Der Wohnraum ist knapp und die Möglichkeiten, neue Häuser und Wohnungen zu bauen, sind begrenzt. Ein Ausweg bestünde darin, höher und dichter zu bauen – das Ruhrgebiet macht es vor.

Besonders in München, Berlin und Hamburg übersteigt die Nachfrage nach Wohnraum das Angebot. Der Berliner Senat will daher ein neues Gesetz auf den Weg bringen: das Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz. Es soll Bauherren und Projektentwicklern in der Hauptstadt ermöglichen, künftig schneller zu bauen und weniger gestalterische Vorgaben einhalten zu müssen. Die Stadt will freie Grundstücke besser ausnutzen und mehr Etagen und mehr Wohnungen zulassen. Denn Berlin wächst schneller als erwartet:

**Bereits im Jahr 2019 soll Berlin das bislang erst für 2030 erwartete Plus von 250.000 Einwohnern gegen-**

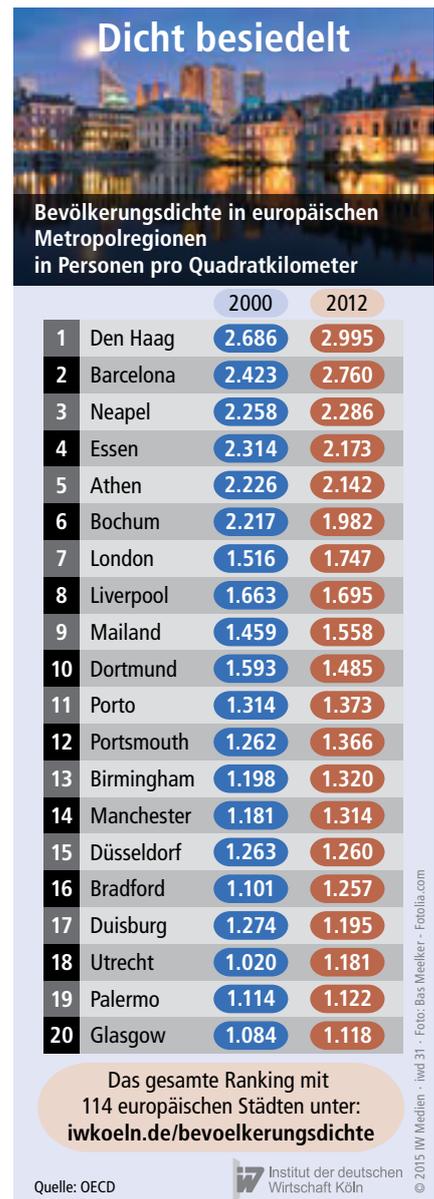
**über 2011 erreichen – mit dann insgesamt deutlich mehr als 3,5 Millionen Einwohnern.**

Das klingt nach viel – doch der Blick auf die Bevölkerungsdichte anderer deutscher und europäischer Großstädte zeigt: So eng besiedelt ist Berlin gar nicht. Spitzenreiter bei der Bevölkerungsdichte in Europa ist laut OECD Den Haag in den Niederlanden mit knapp 3.000 Einwohnern pro Quadratkilometer (Grafik). Die weltweit am dichtesten bewohnte Metropolregion ist Dhaka in Bangladesch – laut Demographia World Urban Areas leben dort 44.400 Menschen auf einem Quadratkilometer. In Berlin kommen auf einen Quadratkilometer gerade einmal 710 Einwohner, damit nimmt die deutsche Hauptstadt im europäischen Ranking Platz 43 ein.

**Die am dichtesten bewohnten Städte Deutschlands liegen im Ruhrgebiet: In Essen kommen auf einen Quadratkilometer 2.173 Einwohner, in Bochum sind es 1.982.**

Dies ist historisch begründet, denn als Anfang des 20. Jahrhunderts der Bergbau im Ruhrgebiet immer wichtiger wurde, mussten schnell und nah für viele Menschen Unterkünfte geschaffen werden.

Architektonisch mag das Ruhrgebiet nicht immer ein Vorbild sein, aber Essen, Bochum und Duisburg



## Adressaufkleber

zeigen: Es geht auch dichter. Um der großen Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden und den steigenden Preisen entgegenzuwirken, sollten Städte wie Berlin, Hamburg und München „nachverdichten“, wie Experten das nennen, und zum Beispiel die historisch bedingte Begrenzung der Bauhöhen aufgeben.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: [pressemonitor.de](http://pressemonitor.de)

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.